

4 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXVI. GP

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (3 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird

Die Bundesregierung hat eine Gesetzesvorlage zur politischen Bildung in der Schule eingebracht. Sie schlägt vor, dass der Unterricht einen eindeutigen Schwerpunkt auf Wissensvermittlung setzt. Schülerinnen und Schüler sollen vor allem nicht über aktuelle politische Themen und damit kontroverse Meinungen diskutieren.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 30. November 2018 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung haben die Klubs ihre Meinungen zur Gesetzesvorlage präsentiert. Die Abgeordneten Elias **Pozewaunig** und Lena **Krenauer** (Weiß) betonten, dass der Text sehr vage sei und dazu führe, dass Schülerinnen und Schüler weniger lernen würden. Sebastian **Nemeth** und Florian **Sidorenko** (Orange) wiesen darauf hin, dass im Unterricht auf die jeweilige Schulstufe Rücksicht genommen werden müsse und Lehrerinnen und Lehrer sachlich und respektvoll vorgehen sollten. Lukas **Kulmesch** (Violett) teilte die Meinung der Weißen und betonte, wie wichtig die Förderung eigener Meinung sei. Melanie **Ottowitz** (Gelb) schloss sich den anderen an.

Im zweiten Teil der Sitzung haben die Abgeordneten Florian **Sidorenko** (Orange), Veyis **Dönmez** (Gelb), Alexander **Neagu** (Violett) und Nicolas **Maurer** (Weiß) einen Abänderungsantrag eingebracht. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Theresa **Gredler** (Weiß), die die Änderungen erläuterte. Sie ging darauf ein, wie Lehrerinnen und Lehrer aktuelle politische Themen im Unterricht darstellen sollen. Florian **Sidorenko** (Orange) begrüßte die Einigung mit den anderen Klubs und erklärte, wie wichtig es sei, tiefgehende Kenntnisse über Demokratie aber auch andere Staatsformen zu vermitteln. Haolei **Zhang** (Violett) erklärte sich grundsätzlich einverstanden. Er sah jedoch noch Bedarf, manches konkreter zu fassen. Melanie **Ottowitz** (Gelb) erklärte sich einverstanden. Sie wiederholte jedoch die Forderung, dass es ein eigenständiges Fach Politische Bildung brauche.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig beschlossen.

Zur Berichterstatterin wurde Abgeordnete Theresa **Gredler** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2018 11 30

Theresa Gredler
Berichterstatterin

Mag. Martin Peyerl
Obmann